

Bürgerinitiative „Für Lautlingen – Gemeinsam für die beste Lösung“

Standpunktpapier zur Ortsumfahrung Lautlingen vom 23.05.2018

- Eine Umgehungsstraße für Lautlingen, die bei allen Betroffenen und Diskussionsteilnehmern auf Zustimmung stoßen würde, kann es angesichts der Topographie und der bestehenden Bebauung nicht geben.
 - Die vom Regierungspräsidium Tübingen vorgeschlagene Trasse (Amtstrasse) weist bedenkliche Nachteile auf (Landschaftsverbrauch, Ampelregelungen, 30 Meter hohes und 330 Meter langes Viadukt im Meßstetter Tal)
 - Alle Gesprächspartner der letzten beiden Jahre, haben diese Nachteile in der ein oder anderen Form eingeräumt. Selbst das Regierungspräsidium arbeitet momentan noch an „Verbesserungen“ der bisher vorgelegten Pläne. Auch der Lautlinger Ortschaftsrat stimmte am 24.04 nur einer Amtstrasse mit möglichen Verbesserungen zu.
 - Aus verständlichen persönlichen Gründen sind bestimmte Lautlinger Bürger für eine möglichst schnelle Lösung, und sehen diese in der Verwirklichung der Amtstrasse.
 - Die Mitglieder unserer Bürgerinitiative bewerten die Nachteile der Amtstrasse als zu gravierend, als dass ein Akzeptieren der Amtstrasse möglich wäre. Diese Haltung wird noch durch das Vorliegen einer praktikablen Tunnellösung bestärkt.
 - Als Argument für die ablehnende Haltung von Kommunalpolitikern und Entscheidungsträgern ist in den letzten Monaten nur noch die Prophezeiung zu hören, dass, falls die Amtstrasse scheitern sollte, alles „zurück auf null“ gesetzt werden müsse. Dass eine beträchtliche Zahl von Plänen und Gutachten aber über den Tag hinaus Gültigkeit behielten, wird (absichtlich?) verschwiegen.
 - Es verwundert nicht, dass diese Argumentation aus den gleichen Amtstuben, teilweise noch von denselben Persönlichkeiten kommt, die vor über zwanzig Jahren mit dem Argument „entweder diese Trasse, oder gar keine“ den damaligen Lautlinger Ortschaftsrat „überzeugten“.
 - Genau aus diesen Quellen werden die gegenwärtigen Kommunalpolitiker (Gemeinderat, Ortschaftsrat, Stadtverwaltung Albstadt) nun mit der Prophezeiung, dass bei einer „Neuplanung“ erneut vergleichbare Zeiträume bis zu einer möglichen Planfeststellung benötigt würden, unter Druck gesetzt.
 - Die Möglichkeit, dass sich nach einem Scheitern der Amtstrasse alle Beteiligten (Bürger, Politik, Verwaltung) mit der notwendigen Vehemenz für die Tunneltrasse engagieren könnten, ist in diesen Kreisen anscheinend undenkbar.
 - Unsere Bürgerinitiative wird alle möglichen rechtlichen Schritte (Einwendungen Planfeststellungsverfahren, Klageweg) unternehmen, um die Amtstrasse zu verhindern. Danach werden wir uns für eine schnellstmögliche Verwirklichung unserer Tunnelvariante einsetzen.
-

Die Amtstrasse ist gescheitert!

Den vorliegenden Plänen des RP Tübingen fehlt die Akzeptanz eines großen Teils der betroffenen Bevölkerung aber auch von vielen Beobachtern, die sich aus welchem Grund auch immer, mit der Lautlinger Ortsumfahrung beschäftigen. Jüngstes prominentes Beispiel ist der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, Winfried Hermann, der Verständnis und Sympathie für die Gegner der Amtstrasse bekundete. Sollte diese Trasse dennoch verwirklicht werden, wird ihr auf ewig der Makel, eine ungeliebte und mangelhafte Lösung zu sein, anhaften.

Die Amtstrasse wird scheitern!

Das Planfeststellungsverfahren soll im Lauf des Herbstes beginnen. Dann wird sich zeigen, ob die Planfeststeller angesichts von Landschaftsverbrauch, Umweltzerstörung, Eingriffen in intakte Natur und gewaltigen Erdbewegungen die Amtstrasse tatsächlich planfeststellen werden. Stichworte wie europäisches Natur- und Artenschutzrecht wurden in der letzten Zeit in der Diskussion häufiger verwendet. Das Scheitern der Amtstrasse ist umso wahrscheinlicher, als mit der BI-Tunnellösung eine baubare Variante vorliegt, die eine Vielzahl der Mängel der Amtstrasse nicht aufweist. Der Planfeststeller ist zu einer vergleichenden Prüfung verpflichtet.